

Ärzte und Verbände warnen: Abtreibungsreform gefährdet Menschenwürde!

Ärzte und katholische Verbände in Deutschland sprechen sich gegen Abtreibungsreform aus, betont ärztliche Autonomie und Menschenwürde.



Berlin, Deutschland - In Deutschland regt sich heftiger Widerstand gegen eine geplante Reform der Abtreibungsregelungen. verschiedene Ärzte sowie katholische Verbände kritisieren den interfraktionellen Antrag, der Änderungen an bestehenden Gesetzen vorsieht. In einem am Mittwoch veröffentlichten offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten appellieren Ärztinnen und Ärzte, die Reform abzulehnen, da sie sowohl die ärztliche Autonomie als auch die Menschenwürde des ungeborenen Lebens verletzen würde. Bislang haben 30 Mediziner diesen Brief unterzeichnet, auch einige, die selbst Abtreibungen durchführen. Der

Reformvorschlag, hauptsächlich von der SPD und den Grünen eingebracht, sieht vor, dass Schwangerschaftsabbrüche bis zur zwölften Woche künftig generell legal sein sollen und die Wartezeit von drei Tagen zwischen Beratung und Eingriff entfällt. Zudem sollen die Kosten durch die Krankenkassen übernommen werden. Der aktuelle rechtliche Rahmen, gemäß §218 StGB, erlaubt straffreie Abtreibungen nur nach einer vorherigen Beratung.

Politische Kontroversen und Meinungen der Verbände

Die Debatte ist von intensiven politischen Auseinandersetzungen geprägt. Abgeordnete der Union, der AfD und die FDP haben sich klar gegen die Reform ausgesprochen. Unions-Chef Friedrich Merz betonte, dass eine umfassende gesellschaftliche Debatte nötig ist und ein Hauruckverfahren dem Thema nicht gerecht werden würde. Caritas-Präsidentin Eva Maria Welskop-Deffaa äußerte, dass der Gesetzesentwurf die Autonomie der Frauen und das Lebensrecht des Kindes in Frage stelle, und sie forderte eine breitere Diskussion über den bisherigen rechtlichen Rahmen. Auch andere katholische Verbände, wie der Familienbund der Katholiken, sehen in dem Vorschlag eine Gefahr für das Gleichgewicht zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Frau und dem Schutz des ungeborenen Lebens. Die Diskussion um die Reform führt auch zu Fragen über die tatsächliche medizinische Versorgung im ländlichen Raum, die nach Meinung der Kritiker nicht dem §218 zugeschrieben werden kann, wie es im Schreiben an den Bundestag heißt, wie **Kathpress** berichtete.

Im Zusammenhang mit weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen, insbesondere den Debatten über geschlechtergerechte Sprache, wird ein neues Bewusstsein geschaffen. Die Philosophin Svenja Flaßpöhler bringt zur Sprache, dass geschlechtergerechte Anforderungen an die Sprache auch die gesellschaftlichen Strukturen reflektieren. Sie betont, dass die Diskussion über gendergerechte Sprache oft in

einem elitär geprägten Rahmen stattfindet und viele Menschen mit existenziellen Fragen konfrontiert sind, während diese Themen für sie weniger relevant erscheinen. Laut Flaßpöhler hängt die Konsequenz von Sprache in der Realität ab, und die Herausforderungen der Gesellschaft sollten nicht aus den Augen verloren werden. Dies wird umrissen in einem Gespräch, das auf **Deutschlandfunk** veröffentlicht wurde, wo sie auf die Bedeutung von Sprache in Bezug auf soziale Realität hinweist.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.kathpress.at • www.deutschlandfunk.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at